

### **3. Informationspflicht der obersten Landesbehörden**

<sup>1</sup>Nach den Vorgaben des Urteils des Europäischen Gerichtshofs vom 14. Februar 2012 (Az. C-204/09) nehmen oberste Landesbehörden keine Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahr, soweit und solange sie im Rahmen der formellen Gesetzgebung tätig werden. <sup>2</sup>Während der Dauer dieser Gesetzgebungsverfahren sind sie keine informationspflichtigen Stellen. <sup>3</sup>Nach Abschluss der Gesetzgebungsverfahren sind sie jedoch gemäß dem Bayerischen Umweltinformationsgesetz grundsätzlich verpflichtet, zu Umweltinformationen über diese Verfahren Zugang zu gewähren.